

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	8. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	3. Februar 2015, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

23.

Punkt 22 der Tagesordnung: Platz der Menschenrechte
Gemeinsamer Antrag des Stadtrats Parsa Marvi (SPD) sowie der SPD-Gemeinderatsfraktion, der Stadträtin Bettina Lisbach (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion, des Stadtrats Lüppo Cramer (KULT) sowie der KULT-Gemeinderatsfraktion, des Stadtrats Niko Fostirooulos (Die Linke) und des Stadtrats Jürgen Wenzel (FW) vom 9. Dezember 2014
Vorlage: 2014/0815

Beschluss:

Verweisung an den Kulturausschuss

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 22 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung:

Ich möchte dazu kurz darstellen, dass wir uns als Verwaltung einem Platz der Menschenrechte gerne öffnen - das passt gut zur Stadt Karlsruhe -, dass wir aber den dortigen Platz als noch nicht so ganz optimal betrachten und gerne mit Ihnen in eine Diskussion einsteigen würden, welcher anderer Platz geeigneter wäre. Wenn Sie jetzt hier in diesem Gremium – ohne dass wir das lange ausführen müssen – zu einem Ergebnis kommen, dann teilen Sie uns das als Stadt mit. Dann werden wir das natürlich umsetzen. Wir brauchen keine Überzeugungsdiskussionen zu führen. Das ist unsere Haltung als Stadt. Wenn Sie die nicht mitvollziehen möchten, sondern einfach sagen, es bleibt dabei, wie wir das überfraktionell wollen, dann stimmen wir das nachher ab. Dann ist es auch in Ordnung. Vielleicht spart uns das ein bisschen Zeit. Denn ich denke, es ist keine Sache, wo wir uns jetzt mit großer Emotionalität gegenseitig überzeugen müssten. Denn in der Sache selber sind wir uns einig, dass es so einen Platz geben sollte. Es geht jetzt lediglich um den Standort. Das vielleicht als kleiner Appell, die Sache vergleichsweise kurz abzuhandeln.

Stadtrat Marvi (SPD): Unser gemeinsamer interfraktioneller Antrag erfolgt in einer Zeit, in der sich viele Menschen unserer Stadt in einer vorbildlichen und herausragenden Weise für diejenigen engagieren, die das Schicksal besonders hart getroffen hat. Flücht-

linge, die sich angesichts der Schrecken von Terror und Krieg zu uns begeben, bei uns Zuflucht suchen. Wir können uns gewiss sein, dass diese humanitäre Hilfe und Unterstützung seitens der Zivilgesellschaft auch in den kommenden Jahren dringend benötigt wird, in Betrachtung der zahlreichen internationalen Konflikte und Krisen.

Eine besondere Rolle für die Flüchtlingshilfe und das Engagement für die Menschenwürde spielen dabei die Organisationen, die sich im Menschenrechtszentrum versammeln. Hier schlägt das Herz für Humanität und Gerechtigkeit in unserer Stadt. Mit unserem Antrag, einen so benannten Platz in unmittelbarer Nähe zum Menschenrechtszentrum und auch zur Landeserstaufnahmestelle zu wählen, würdigen wir die Arbeit für Menschenrechte. Ein Beschluss des Gemeinderates für einen Platz der Menschenrechte wäre im Jahr des 300. Stadtgeburtstags die Chance zu einem geistigen und gesellschaftspolitischen Akzent aus Karlsruhe heraus. Die hohe symbolische Aussagekraft und Identifikationsfähigkeit mit unserem Anliegen ist aus unserer Sicht eindeutig gegeben. Wir haben uns sehr gefreut, dass insbesondere das Menschenrechtszentrum unseren Antrag genauso voll und ganz unterstützt.

Eine ähnliche, schon einmal im Jahr 2010 im Gemeinderat geführte Debatte erfolgte unter anderen Vorzeichen. Die seinerzeit in einem interfraktionellen Antrag geforderte Benennung einer Straße auf dem Areal des alten Schlachthofs wurde verworfen, weil diese Forderung das Grundkonzept dieses Areals verwässert hätte. Diese Position teilt meine Fraktion nach wie vor. Wir hatten seinerzeit – das möchte ich dann doch noch zu Protokoll geben – etwas anderes vorgeschlagen, nämlich ein Platzkonzept seitens der Verwaltung zu verfolgen. Dieses ist leider, trotz der Zusage des damaligen Oberbürgermeisters, im Gemeinderatsprotokoll festgehalten, nie erfolgt. Wir begrüßen daher Ihre Bereitschaft, jetzt mit uns nach einer Lösung zu suchen.

Wir würden aber ungern in dieser Debatte noch mehr Zeit verlieren. Es gibt ein breites Bündnis, das unser Anliegen unterstützt. In diesem Sinne sehen wir darin eine Bereicherung für uns als Stadt des Rechts. Wir würden auf Abstimmung, Herr Oberbürgermeister, bestehen.

(Beifall bei der SPD)

Stadtrat Borner (GRÜNE): Auch ich hatte den Satz drin stehen: „... wäre die Chance zu einem neuen geistigen politischen gesellschaftlichen Akzent die Einrichtung eines Menschenrechtsplatzes.“ Wir bleiben heute auch bei unserem Antrag. Wir bestehen auf Abstimmung.

Aber wir möchten trotzdem noch einen Punkt hervorheben, und zwar Ihr Angebot, das Thema im Kulturausschuss zu behandeln. Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte feiert 2018 ihren 70. Jahrestag. Vielleicht könnte man bis dorthin eine künstlerische Aufwertung für den Platz hinbekommen. Wir haben darüber nachgedacht, dass man vielleicht auch die Haltestelle Tullastraße umbenennen könnte.

(Beifall bei den Grünen)

Stadtrat Wenzel (FW): Herr Borner hat eben die Idee, die ich aussprechen wollte, genannt mit der künstlerischen Aufwertung. Kollege Marvi hat alles zum Sachstand gesagt. Da brauche ich auch nichts ergänzen. Das war hervorragend vorgetragen.

Als Drittes möchte ich nur eines sagen: Das Zusammenkommen dieses Antrags ist vorbildlich gewesen, sich an alte Anträge zu erinnern, eine Gemeinschaft und eine Mehrheit zu finden. Diese Gemeinschaft und diese vorbildliche Haltung möchte ich hier explizit noch einmal loben.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Ich möchte nur etwas zum weiteren Verlauf sagen, wie man jetzt mit dem Antrag umgehen muss. Da Sie, Herr Oberbürgermeister, in Ihrer Antwort empfehlen, das Ganze im Kulturausschuss zu besprechen, es Ihnen auch als Recht zusteht, es in den Ausschuss zu verweisen, brauchen wir jetzt gar nicht mehr lange darüber zu debattieren. Das muss man eben akzeptieren. Dann wird es irgendwann kommen.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Die Menschenrechte sind unser höchstes Gut und Errungenschaft unserer Zeit. Sie finden in unserem Grundgesetz und auch in der Werteordnung unserer Gesellschaft überragende Bedeutung.

Aufgrund dieser besonderen Bedeutung der Menschenrechte ist ein Platz, der nach ihnen benannt werden soll, mit großem Bedacht und politischem Weitblick, insbesondere auch auf eine mögliche Entwicklung einer solchen Stätte, auszusuchen. Eine besondere Wertigkeit in Relation des Themas Menschenrechte zu der jeweiligen Stätte, die danach benannt werden soll, muss gegeben sein.

Wie die Verwaltung in ihrer Stellungnahme zutreffend ausführt, ist diese Wertigkeit bei dem von den Antragstellern angedachten konkreten Platz auf dem Schlachthofareal nicht so gegeben. Es kommen auch andere Stätten in unserer Stadt in Betracht, die passender sein können. Das Schlachthofareal wurde im Hinblick auf die historische Bedeutung und die spezielle Nutzung dieses Gebiets auch mit dem Namen Alter Schlachthof benannt. Ein besonderer Kontext - sei es aufgrund der historischen Entwicklung oder besonderen politischen Begebenheiten auf diesem Areal - zu dem Thema Menschenrechte lässt sich hingegen nicht ohne weiteres erschließen.

Mit Blick auf den auf Antrag und Initiative der CDU von der Verwaltung derzeit zu erstellenden Leitfaden für Erinnerungskultur im öffentlichen Raum, kann dieser Antrag in seiner tiefgreifenden Dimension dort besser geprüft werden. Um eine angemessene Stätte zum Thema Menschenrechte zu finden, ist der Kulturausschuss als zuständiges Gremium in der Lage, dies besser zu überblicken. Wir beantragen daher, den Antrag in den Kulturausschuss zu verweisen.

(Beifall bei der CDU)

Stadtrat Høyem (FDP): Mit Respekt: Die Menschenrechte sind zu wichtig für einen solch zufälligen Platz. Dieser Platz hat ganz einfach nicht die notwendige Wertigkeit. Lassen Sie uns das Thema im Kulturausschuss mit einer größeren Perspektive diskutieren. Falls jemand hier denkt, dass wir gegen einen Platz für Menschenrechte sind, dann ist es ganz einfach eine Lüge. Aber dieses ist nicht wertig genug.

(Beifall bei der FDP)

Stadtrat Kalmbach (GfK): Zwei Dinge:

1. Es gibt keinen historischen Zusammenhang mit dieser Platzbenennung.
2. Allein von der Wortwahl, auf dem alten Schlachthof die Menschenrechte zu platzieren, da stellt sich bei mir etwas quer. Das ist nicht passend.

Deswegen kann ich da nicht mitgehen.

Der Vorsitzende: Ich kann mich auch erinnern, dass es im Wahlkampf ein Thema war, dass die Adresse des Menschenrechtszentrums – weil es eben auf dem Schlachthof liegt – schon ein Problem ist. Ich kann das nicht hundertprozentig nachvollziehen. Aber von denselben wird jetzt ausgerechnet der Platz der Menschenrechte auf dem Territorium des alten Schlachthofes als richtig gefunden. Da sehe ich zumindest einen gewissen Bruch.

Ich möchte auch noch einmal darauf verweisen, dass es nicht in Stein gemeißelt ist, dass das Menschenrechtszentrum immer dort bleibt. Das ist im Moment eigentlich der einzige Grund, der einen direkten Bezug herstellt. Auch das noch einmal an der Stelle.

Wir schauen jetzt, wie die Terminlage ist. Denn ich würde Ihnen wirklich vorschlagen und Sie auch bitten, es ohne großen Protest zu akzeptieren, dass wir es am 10. März noch einmal in den Kulturausschuss und dann im März in die Gemeinderatssitzung nehmen, wenn sich dort kein anderer Diskussionsstand ergibt. Wir haben trotzdem ausreichend Zeit, es im Jahr 2015 dann noch umzusetzen. Da geht uns jetzt nichts verloren. Aber ich fände es schon gut, wenn wir das noch einmal ausführlich diskutieren und dann am Ende vielleicht auch zu einem einstimmigen Votum kommen. Ich finde, da muss dann eine Seite nachgeben. Ich bin auch bereit, nachzugeben, wenn das noch einmal ausdiskutiert worden ist. Dann haben wir auch dem Platz der Menschenrechte einen größeren Gefallen getan. Ich würde dadurch natürlich auch auf das Überweisungsbegehre eingehen.

Am 24. März wäre dann der nächste Gemeinderat. Wenn Sie mit diesem verkürzten Vorberatungsverfahren über den Kulturausschuss einverstanden sind, dann machen wir am 24. März einen Knopf dran, nehmen uns aber im Kulturausschuss einmal die Zeit, es noch einmal ausführlich miteinander zu besprechen. Dann würde ich es unter der Ansage in den Kulturausschuss verweisen. Dann wird auch der Sache noch am meisten entsprochen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin: